



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



AUS DEM INHALT

Ausgabe Dezember 2025

- Friedensplan für die Ukraine
- Sicheres Spielzeug
- Verkehrssicherheit
- EU-Hilfe für ehemalige Goodyear-Mitarbeiter

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2025 geht zu Ende, ohne dass der Krieg in Europa zu Ende gegangen ist. Putin sieht keinen Grund von seinem Hauptziel der Zerstörung der unabhängigen ukrainischen Staatlichkeit abzurücken. Präsident Trump hat offenbar die Seiten gewechselt, wird meist von prorussischen Beratern beeinflusst und die Europäer haben alle Mühe zu reagieren. Für 2026 sind das keine guten Aussichten. Daher ist die Stärkung unserer eigenen Verteidigungsfähigkeit neben der fortgesetzten Unterstützung der Ukraine eine zentrale Aufgabe auf EU-Ebene, auch weil man durch das Verhalten der USA mehr und mehr den Eindruck haben muss, dass der NATO-Rahmen allein nicht mehr ausreicht. Ein neues „Europäisches Verteidigungsindustrie-Programm“ (EDIP) u.a. zur Förderung gemeinsamer Beschaffung wurde kürzlich im EP verabschiedet.

In der EU haben wir gleichzeitig einen Reformkurs eingeschlagen, der einige Überregulierungen aus den vergangenen Wahlperioden korrigiert, „Omnibusse“ genannt, weil dort aus verschiedenen Rechtsakten Regeln zusammengefasst und abgeschafft oder vereinfacht werden, die insbesondere den Investitionsstandort Europa unattraktiv machen. Hierbei sind insbesondere klein- und mittelständische Betriebe belastende Berichtspflichten oder auch die Land- und Forstwirtschaft erschwerenden Vorgaben vereinfacht oder für nicht anwendbar erklärt worden. Lieferkettennachweise z.B. gelten erst für Betriebe über 5000 Beschäftigte. Mit diesem für Wirtschaft und Arbeitsplätze doch eher optimistischen Ausblick grüße ich Sie mit den besten Wünschen für eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit und hoffe auf einen guten Start ins Jahr 2026!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
michael gahler

 **evp**
im europäischen parlament

Europäisches Parlament positioniert sich zur weiteren Entwicklung in der Ukraine



Der sogenannte 28 Punkte „Friedensplan“ der US-Regierung für die Ukraine war Ende November auch im Europäischen Parlament ein dominierendes Thema. In einer Generaldebatte mit Kommissionspräsidentin von der Leyen diskutieren die Abgeordneten, bevor sich das Parlament Ende der Sitzungswoche zu den aktuellen Entwicklungen positionierte.

Zu der mit breiter Mehrheit verabschiedeten Resoluti-

on erklärte Michael Gahler, der ständige Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Ukraine: „Wie auch die Ukrainer wollen wir ein schnelles Ende der Kampfhandlungen. Versuche, über die Köpfe der Ukrainer und Europäer hinweg Frieden auf Basis russischer Maximalforderungen zu organisieren sind nicht zielführend. Deshalb ist es richtig, dass Europäer und Ukrainer sich eindeutig positionieren. Unsere Rolle muss aber über die Bearbei-

tung amerikanischer Vorschläge hinausgehen. Wir müssen endlich zeitnah die eingefrorenen russischen Staatsgelder als Sicherheit für die Auszahlung eines Reparationskredits an die Ukraine nutzen. Wir müssen alle rechtlichen und administrativen Möglichkeiten nutzen, die Aktivitäten der russischen Schattenflotte auf ihrem Weg durch die Ostsee weitgehend zu unterbinden, zu verzögern oder für die Betreiber der Schiffe finanziell unattraktiv zu machen. Und bei der Bewaffnung muss die Ukraine in die Lage versetzt werden, mit weitreichenden Waffen kriegsrelevante Produktion, Abschussrampen und Infrastruktur neutralisieren zu können. Es bleibt ansonsten dabei: über die Mitgliedschaft in EU und NATO entscheiden deren Mitglieder und keine Drittstaaten.“

EU-Parlament beschließt gestärkten Haushalt für 2026

Am 27. November verabschiedete das Europäische Parlament den EU-Haushalt für 2026, der ein Budget

von insgesamt 182,9 Milliarden Euro umfasst. In den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten konnten die

Berichterstatter des Europäischen Parlaments eine Steigerung des Haushalts um 372,7 Millionen im Vergleich

zum Vorschlag der EU-Kommission durchsetzen. Diese zusätzlichen Mittel gehen in Schlüsselprojekte wie unter anderem Forschung (200 Mio. EUR), Verkehrsinfrastruktur (23,5 Mio. EUR), militärische Verlegefähigkeit in Europa (10 Mio. EUR),

Grenzschutz (10 Mio. EUR) und Förderung der europäischen Landwirtschaft (105 Mio. EUR).

Während das kreditfinanzierte Aufbauinstrument „NextGenerationEU“, das im Zusammenhang der COVID-

19-Pandemie 2021 geschaffen wurde, den EU-Haushalt durch höhere Zinskosten als erwartet belastet, gelang es dem Europäischen Parlament Kürzungen bei wichtigen Programmen wie dem Austauschprogramm ERASMUS+ zu vermeiden.

EU-Parlament stärkt Vorschriften für sicheres Spielzeug



Kinderspielzeuge in der EU müssen in Zukunft noch höheren Sicherheitsstandards entsprechen, egal ob online bestellt oder im Laden gekauft.

Zuletzt waren rund 20 % aller im EU-Schnellwarnsystem gemeldeten gefährlichen Produkte Spielzeuge. Die Sicherheit

neue Gesetz sieht strengere Grenzwerte und Verbote für bedenkliche Chemikalien vor. Auch digital bestelltes Spielzeug muss künftig höhere Sicherheitsstandards erfüllen. Zudem muss jedes in der EU verkauftes Spielzeug zukünftig mit einem digitalen Produktpass ausgestattet sein, der per QR-Code jederzeit abrufbar ist. Eltern können so auf einen Blick alle wichtigen Sicherheitsinformationen einsehen und bewusstere Kaufentscheidungen treffen.

Mit dieser Verordnung stellt die EU sicher, dass Kinder in Europa auch künftig mit dem sichersten Spielzeug der Welt spielen. Denn Spielzeug soll genau das tun: Kinderaugen zum Leuchten bringen – statt Eltern schlaflose Nächte zu bereiten.

Im November hat das Europäische Parlament eine wichtige Aktualisierung der EU-Spielzeugsicherheitsgesetzgebung beschlossen:

unserer Kinder hat oberste Priorität, deshalb haben sich CDU und CSU für die nun beschlossene Reform seit Jahren starkgemacht. Das

EU-Parlamentarier fordern besseren Schutz Minderjähriger im Internet

Mit einer breiten, überparteilichen Mehrheit hat das Europäische Parlament im November einen Bericht verabschiedet, in welchem es auf die besonderen Risiken für Minderjährige im Internet aufmerksam macht. Gleichzeitig fordert es alle beteiligten Akteure, ob in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft dazu auf, gemeinsam auf einen verbesserten Schutz dieser hinzuarbeiten und schlägt gesetzliche Maßnahmen vor.

Was das Parlament zu diesem Schritt bewegt? Die zunehmende Abhängigkeit von

Kindern und Jugendlichen von sozialen Medien und deren alarmierende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Gerade junge Menschen sind besonders anfällig für die manipulativen Designs der Online-Plattformen, ihre süchtig machenden Mechanismen und schädlichen Inhalte. Die Dimension wird deutlich: 97 % der Jugendlichen sind täglich online – viele von ihnen praktisch rund um die Uhr.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und Lücken in der aktuellen Gesetzge-

bung zu schließen, schlägt das Parlament deshalb eine EU-weite digitale Altersgrenze vor. Danach sollen soziale Medien für Kinder unter 16 Jahren nur mit Zustimmung der Eltern zugänglich sein, unter 13 Jahren gar nicht. Das Ziel dahinter ist nicht das generelle Verbot, sondern eine Förderung eines sicheren und vor allem altersgerechten Umgangs mit sozialen Medien. CDU und CSU haben diese Forderung unterstützt, denn Europa braucht Regeln, die mit der Dynamik der digitalen Welt Schritt halten.

Bürokratielast der Entwaldungsverordnung verhindert



In der EU verkauft Produkte sollen nicht zur weltweiten Ab-

holzung von Wäldern, der sog. „Entwaldung“ beitragen. Die-

ses wichtige Ziel verfolgt die EU-Entwaldungsverordnung. Leider steckt der Teufel im Detail. Viele Voraussetzungen für ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Gesetzes sind bislang nicht erfüllt, beispielsweise ist das notwendige IT-System noch nicht einsatzbereit. Zudem hat sich gezeigt, dass bestimmte Auflagen der Entwaldungsverordnung unverhältnismäßige Bürokratie für kleine Unternehmen bedeuten. Nachdem das Gesetz

ursprünglich Anfang 2025 in Kraft treten sollte, ist auch der Beginn Anfang 2026 nicht zu halten.

Ende November ist das Europäische Parlament einer Position der EU-Mitgliedstaaten gefolgt, die Entwaldungsverordnung erneut um ein Jahr zu verschieben. CDU und CSU wollen von Abholzung bedrohte Wälder schützen, aber gleichzeitig dort, wo

keine Gefahr für Entwaldung besteht, keine unnötigen Auflagen schaffen. Der Kompromiss der Mitgliedstaaten trägt den Bedenken der betroffenen Landwirte, Förster und Unternehmen Rechnung. Eingebracht und unterstützt hatte den Vorschlag die deutsche Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD.

Unverständlich ist deshalb, warum die SPD im Europä-

ischen Parlament diesen Kompromiss nicht unterstützen wollte, obwohl ihn die SPD in der Bundesregierung mit ausgearbeitet hat. Bis zuletzt hatten CDU und CSU den Sozialdemokraten Angebote gemacht, leider vergeblich. Die Mehrheit im Europäischen Parlament war letztendlich eindeutig, auch ohne Sozialdemokraten. Nun kommt es darauf an, das Gesetzgebungsverfahren zügig abzuschließen.

EU-Parlament stärkt Verkehrssicherheit

Europa hat seine Führerschein gesetzgebung überarbeitet - das Europäische Parlament hat die Reform Ende Oktober endgültig beschlossen. Die Neufassung sieht unter anderem die Einführung des EU-weiten Führerscheinentzugs bei schweren Verkehrsdelikten sowie die Vereinheitlichung der Regeln zum begleiteten Fahren vor.

Der EU-weite Führerschein entzug erhöht die Sicherheit auch auf deutschen Straßen: Wer im Ausland durch Alkohol- oder Drogenkonsum am Steuer, extreme Geschwindigkeitsüberschreitungen (ab 50 km/h über dem Limit) oder Unfälle mit Verletzungs- oder Todesfolge auffällig wird, stellt auch hier eine Gefahr dar. Zudem



soll durch die Einführung des begleiteten Fahrens, auch für Berufskraftfahrer, eine zusätzliche Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden. Fahrpraxis ist durch nichts zu ersetzen.

Bei der Führerscheinreform hat sich dank CDU und CSU Pragmatismus und gesunder Menschenverstand durchgesetzt: Eine Europäisierung des Flensburger Punktesy-

stems wird es nicht geben – die bewährten nationalen Systeme sind verständlicher und ausreichend. Auch verpflichtende Gesundheitsüberprüfungen für alle Fahrer ab 70 Jahren kommen nicht. Es bleibt jedem Mitgliedstaat selbst überlassen, ob er solche Tests vorschreibt. Insgesamt setzt die Reform auf Vertrauen statt Bevormundung und wird dabei helfen, Europas Straßen sicherer zu machen.

Europarlament verleiht Sacharow-Preis an inhaftierte Journalisten

Seit dem Ende der 80er verleiht das Europäische Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit, die höchste Auszeichnung der EU für Bemühungen im Bereich der Menschenrechte.

Dieses Jahr werden die Journalisten Andrzej Poczobut aus Belarus und Mzia Amanglobeli aus Georgien für ihren mutigen Einsatz für die Meinungsfreiheit, demokratische Grundrechte und die Unabhängigkeit der Medien, geehrt. Letztere wurde erst in diesem Jahr in Georgien zu

zwei Jahren Haft verurteilt, nachdem sie an einer regierungskritischen Demonstration teilgenommen hatte. Sie ist die erste weibliche politische Gefangene seit der Unabhängigkeit Georgiens. Auch Andrzej Poczobut ist seit Langem Ziel der Unterdrückung durch das Lukaschenko Regime in Belarus. Wegen seiner Berichterstattung wurde er bereits mehrfach inhaftiert und 2021 zu acht Jahren Straflager verurteilt.

Mit der Verleihung des Preises an diese zwei außer-

gewöhnlich mutigen Persönlichkeiten in der Dezember-Plenarwoche in Straßburg spricht das Parlament diesen seine höchste Anerkennung für ihre Leistungen aus und zeigt uns allen, zu Zeiten, in denen auch die europäischen Demokratien unter Druck stehen, wie wertvoll der Einsatz für die universellen Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist. Diese Werte, die auch das Fundament der EU bilden, müssen gerade da, wo sie am stärksten bedroht werden, verteidigt werden.

EU-Parlament gibt 3 Mio. Euro Übergangsunterstützung für ehemalige Goodyear-Mitarbeiter frei

Am 8. Oktober beschloss das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit auf Antrag Deutschlands rund 3 Millionen Euro an EU-Unterstützung aus dem Europäischen Fond für die Anpassung an die Globalisierung für die ehemaligen Mitarbeiter des Reifenherstellers Goodyear in Hanau und Fulda bereitzustellen. Mit diesen Geldern werden 60 % der Gesamtkosten der geplanten Wieder-

eingliederungsmaßnahmen finanziert, darunter Berufsberatung, Weiterbildung, Unterstützung bei Unternehmensgründungen sowie Hilfen bei der Jobsuche. Deutsche Behörden hatten Wiedereingliederungsmaßnahmen bereits im November gestartet, die nun rückwirkend aus EU-Mitteln gedeckt werden.

Aufgrund deutlichen Nachfragerückgangs, steigender Ko-

sten und zunehmender Konkurrenz durch Billigimporte aus Asien leitete Goodyear eine Restrukturierung ein, in deren Folge das Goodyear-Werk in Fulda komplett geschlossen und der Standort in Hanau teilweise stillgelegt wurde. In der Region Fulda führte dies zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote über 10%. Besonders betroffen von den Entlassungen waren Männer und Beschäftigte über 50 Jahre.

Europaparlament lehnt unnötige EU-Waldüberwachungspläne ab

Unsere Wälder spielen eine zentrale kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Rolle. Wir müssen sie schützen, denn angesichts von Dürren und Waldbränden ist ihr Bestand zunehmend gefährdet. Dafür braucht es jedoch keine zentralen Vorschriften aus Brüssel. Stattdessen sollten wir auf die Erfahrung der Waldbesitzer und -bewirtschafter vor Ort setzen und diesen bei ihrer Arbeit unter die Arme greifen.

Ende Oktober hat das Europäische Parlament einen Gesetzesvorschlag zur EU-Waldüberwachung zurückgewiesen. In 24 von 27 Mitgliedstaaten existieren bereits funktionierende Monitoringsysteme, die sowohl Satellitendaten als auch lokale Expertise einbeziehen, auch in Deutschland. Das geplante Gesetz hätte die Mitgliedstaaten gezwungen, Daten in bisher nie dagewesener Detailtiefe und Häufigkeit zu erfassen. Dies hätte die Arbeit derer behindert, die wirklich am Wohlergehen des Waldes interessiert sind.

Ein EU-Gesetz war einfach nicht nötig. Eine klare Mehrheit des Europäischen Parlament sah dies genauso wie CDU und CSU, sodass der Gesetzgebungsvorschlag noch Ende Oktober von der EU-Kommission zurückgezogen wurde. Mit der Ablehnung haben CDU und CSU ein klares Signal gegen ein überflüssiges Klein-Klein aus Brüssel gesetzt.



Kompromiss zu Pauschalreisen schützt Reisende



Das EU-Parlament und der Ministerrat haben sich auf die Aktualisierung der Richtlinie zu Pauschalreisen ver-

Reisende Recht haben Gutscheine in Folge von Verspätungen abzulehnen und Anspruch auf eine Auszahlung

ständigt. Damit wurden Konsequenzen aus den Erfahrungen der COVID-19-Pandemie gezogen, die viele Insolvenz nach sich zogen, woraus für Reisende finanzielle Einbußen entstanden. Dem schafft die jetzige Einigung Abhilfe, indem unter anderem

des Restbetrages des Gutscheins, falls dieser in einem Zeitraum von 12 Monaten nicht aufgebraucht wurde. Ebenso haben Reisende im Falle von Insolvenzen Anspruch auf Erstattung innerhalb von sechs Monaten, in Ausnahmefällen bis zu 9 Monaten.

IMPRESSUM

Michael Gahler

EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262

B-1047 Brüssel

Tel +32-2-2845977

Fax +32-2-2849977

michael.gahler@europarl.europa.eu

www.michael-gahler.eu

[michael.gahler.eu](https://www.facebook.com/michael.gahler.eu)

Euroscola – Europäische Politik erfahren

Im Rahmen des Programm Euroscola haben Schülerrinnen und Schüler ab 14 Jahren aus ganz Europa die Möglichkeit im Europäischen Parlament in Straßburg europäische Politik hautnah und aktiv zu erleben, indem sie europäische Themen debattieren und Entschließungen erarbeiten. Dies verschafft nicht nur Einblicke in die Arbeit der Europäischen In-

stitutionen, sondern bietet auch die Möglichkeit mit Jugendlichen aus anderen Teilen Europas in den Austausch zu treten.

WEB-LINK

Information zu Terminen und Anmeldung finden Sie hier: <https://youth.europarl.europa.eu/de/more-information/euroscola.html>

Europabüros:

Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:

Europäisches Parlament,
Europäische Kommission
freepik.com